**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit gemäß § 4 (2) BauGB
zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde St. Peter-Ording**

Datum 22.07.2017

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Landesplanung</p> <p>Bekanntgabe der Ziele der Raumordnung</p> <p>vom 13.07.2017</p> <p>Mit Schreiben vom 09.03.2017 haben Sie mich im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erneut über die von der Gemeinde St. Peter-Ording geplante 10. Änderung ihres Flächennutzungsplanes für den im Nordwesten des Gemeindegebietes im Ortsteil Ording, nördlich des Einmündungsbereichs Utholmer Straße (K 10) in die Brösumer Straße (B 202) und westlich des Grudeweges gelegenen Bereich „Campingplatz Sass“ informiert. Von den dazu vorgelegten geänderten Planunterlagen habe ich Kenntnis genommen.</p> <p>Wesentliches Planungsziel ist es weiterhin, die Errichtung von 10 Campinghäusern für die Touristenbeherbergung zu ermöglichen. Dazu soll eine ca. 0,1 ha große Teilfläche am westlichen Rand des Campingplatzgebietes nunmehr als Sondergebiet „Ferienhausgebiet“ (bisher: Sondergebiet „Wochenendplatz“) dargestellt werden.</p> <p>Dieses Planungsvorhaben war bereits Gegenstand eines Schriftwechsels; auf meine im Grundsatz zustimmende Stellungnahme vom 02.09.2016 weise ich zunächst hin.</p> <p>Aufgrund des derzeitigen Planungs- und Informationsstandes, insbesondere der Änderung der Zweckbestimmung des Sondergebietes in „Ferienhausgebiet“, bestehen nunmehr allerdings Bedenken gegen die Planung.</p> <p>In einem Sondergebiet „Ferienhausgebiet“ können nicht nur (kleinere) Campinghäuser, sondern auch deutlich größer dimensionierte Ferienhäuser mit umfangreicheren Nutzungsmöglichkeiten und dem entsprechend stärkeren Auswirkungen errichtet werden. Aus landes- und regionalplanerischer Sicht muss sich eine solche Planung daher an den Anforderungen der Ziffer 3.7.3 Abs. 4 Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein vom 13.07.2010 (LEP; Amtsbl. Schl.-H. 2010 Seite 719) orientieren.</p> <p>In Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration, Referat „Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht“, weise ich darauf hin, dass die vom Kreis Nordfriesland mit damaliger Stellungnahme vom 04.08.2016 vertretene Auffassung zur Nutzung eines Sondergebietes „Wochenendplatz“ nur an Wochenenden nicht zutreffend ist. Die Sondergebiets-Kategorie „Camping- und Wochenendplatz“ wurde seinerzeit gerade im Hinblick auf die Errichtung von Campinghütten und -häusern sowie Mobilheimen u.ä. entwickelt. Eine Einschränkung der Nutzung auf bestimmte Zeiträume war seinerzeit nicht im Fokus des Verordnungsgebers.</p> <p>Vor diesem Hintergrund bedarf die Planung aus hiesiger Sicht einer nochmaligen Überarbeitung. Zur Verdeutlichung ist die Zweckbestimmung des Sondergebietes m.E. in „Camping- und Wochenendplatz“ zu ändern.</p>	<p>Die Zweckbestimmung wird in „Camping- und Wochenendplatz“ geändert.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit gemäß § 4 (2) BauGB
zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde St. Peter-Ording**

Datum 22.07.2017

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Kreis Nordfriesland vom 06.04.2017</p> <p>Zusammenfassend für die von mir zu vertretenden öffentlichen Belange und die beteiligten Abteilungen meines Hauses nehme ich zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Von Seiten des Fachdienstes Bauen und Planen, Planung wird hinsichtlich der oben genannten Planung folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p align="center">Hinweise der Planung</p> <p>1. Begründung (Ziffer 1.1): Die aktuelle Rechtsgrundlage zum BauGB muss lauten „zuletzt geändert am 20. Oktober 2015, BGBl. 1 S. 1722“.</p> <p>2. Die Aussage in Ziffer 1.3 der Begründung, dass kein Bebauungsplan existiert sollte m.E. um den Hinweis ergänzt werden, dass der Bebauungsplan Nr. 68 im Parallelverfahren aufgestellt wird.</p> <p>Von der Verkehrsabteilung wurde folgende Stellungnahme abgegeben: Es muss darauf geachtet werden, dass auf die Einfahrt wartende Camper bzw. sich anmeldende Camper nicht die öffentliche Straße blockieren. Hier muss ausreichend Stauraum auf dem Gelände des Campingplatzes vorhanden sein bzw. eine Organisation gefunden werden, die einen Rückstau auf öffentliche Verkehrsflächen verhindert.</p> <p>Von den anderen beteiligten Abteilungen meines Hauses wurden keine Anregungen gemacht.</p>	<p>Die Rechtsgrundlage wird aktualisiert.</p> <p>Die Ziffer 1.3 in der Begründung wird entsprechend ergänzt.</p> <p>Der Einfahrtsbereich zum Campingplatz wird derart gestaltet, dass es keine Behinderungen des öffentlichen Verkehrs geben wird.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit gemäß § 4 (2) BauGB
zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde St. Peter-Ording**

Datum 22.07.2017

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Archäologisches Landesamt vom 14.03.2017</p> <p>unsere Stellungnahme vom 12.07.2016 wurde richtig in die Begründung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Sankt Peter-Ording übernommen. Sie ist weiterhin gültig.</p> <p>Deutsche Telekom –Technik- vom 07.04.2017</p> <p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone Kabel Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.</p> <p>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie vom 04.04.2017</p> <p>Gegen die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde St. Peter-Ording bestehen in verkehrlicher und straßenbaulicher Hinsicht keine Bedenken, wenn meine Stellungnahme Az.: VII 414-553.71-54-113 vom 20.07.2016 berücksichtigt wird.</p> <p>Die Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenverkehrlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs.</p> <p><u>Folgende Behörden/sonstige Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Handwerkskammer Flensburg vom 24.04.2017 	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>